Bei verschiedenen Salzsorten lagen die Inlandpreise auch jetzt noch unter denen der Vorkriegszeit. Nur bei dem 30- bis 40prozentigen Düngesalz waren sie um 7,86 % bzw. 7,61 % über die des Jahres 1913 gestiegen.

Hervorzuheben ist dabei, daß die Preiserhöhung durch die Sommerrabatte wieder ausgeglichen wurde, die vom Kalisyndikat der Landwirtschaft für Lieferungen bis zum 1. Juli eingeräumt wurden. In dieser Zeit wurde den Abnehmern eine Lagervergütung gewährt, die für drei Perioden verschieden gestaffelt war. Ferner wurde eine Sondervergütung im Falle der Barzahlung eingeräumt.

Das Kalisyndikat wollte durch diese Rabatte und Lagervergütungen auf die Landwirtschaft einen Anreiz ausüben, ihren Kalibedarf bereits im Sommer einzudecken, um Mittel hereinzubekommen, und um die Schwierigkeiten des Herbstversandes zu mildern, bei dem erfahrungsgemäß mit Wagenmangel und verzögerten Lieferfristen gerechnet werden mußte.

Die Vergünstigungen stellten sich im einzelnen wie folgt:

Auftragseingang	Lagervergütung %	Sondervergütung im Falle der Barzahlung %	Summe der Vergünstigungen im Falle der Barzahlung %	Fälligkeit des kostenlosen Wechsels im Falle der Inanspruchnahme des Wechselkredites
16. 4. bis 15. 5. (1. Periode)	3,5	5,5	9,0	15. 11. 1925
16. 5. „ 15. 6. (2. „)	2,5	5,0	7,5	30. 11. 1925
16. 6. „ 1. 7. (3. „)	1,5	4,5	6,0	15. 12. 1925

Mitte 1926 hatte sich der Reichskalirat erneut mit der Preisfrage zu beschäftigen. Das Kalisyndikat forderte jetzt mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Kaliindustrie eine allgemeine Erhöhung der Preise um etwa 18 %. Zur Begründung wurde angeführt, die Industrie habe die Senkung der Preise am 1. Januar 1924 unter die Vorkriegssätze nur aus Erwägungen vorgenommen, die zum größten Teil Zukunftshoffnungen enthielten. Diese Hoffnungen hätten sich jedoch im Laufe der Jahre nicht erfüllt, vielmehr läge der allgemeine Warenindex um etwa 40 % über dem Vorkriegsindex. Dagegen sei die Kaliindustrie mit ihren Bruttogesetzespreisen bei den Vorkriegspreisen angelangt, sie müßte aber einen großen Teil ihrer Betriebsmittel, wie Kohlen, Materialien usw., zu Indexpreisen kaufen. Die Löhne lägen ebenfalls auf diesem Index, sie seien seit Januar 1924 im Durchschnittsverdienst des Arbeiters um etwa 80 % gestiegen. Dazu komme, daß die Rationalisierung außerordentlich hohe Kosten verursacht habe, so daß jetzt die Industrie außer mit der Daweslast mit 240 Mill. RM Auslandsanleihen belastet sei. Die Geschäftsunkosten stiegen dauernd, hohe Barzahlungs- und Mengenrabatte, langfristige Kredite schmälerten den Bruttoerlös, so daß die Gesetzespreise nur auf dem Papier ständen. Bereits im Ok-